

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.50 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.85 Mark
auswärts. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
„Coale-Zeitung“ eingetragen. Die an-
forderung eingegangene Kontrakte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Coale-Zeitung“ gestattet.
Genau der Geschäftsleitung Nr. 1149,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1149,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Morgen-Ausgabe.

Coale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 7 gelbste Kolonialpelle
oder deren Raum mit 30 Dfg. berech-
net und in unseren Anzeigenstellen
und allen Anzeigenstellen an-
genommen. Reflektoren als Zeile 1 Dfg.
Schluss der Anzeigen-Annahme
vorm. 11 Uhr, für die Coale-Zei-
tung am Abend 6 Uhr. Adressirun-
gen von Anzeigenentwerfern, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erstvermähl. 2mal, Sonntags 1mal.
Schiedsricht. und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Sandstraße 17.
Leben-Geschäftsstellen: Markt 24
und Gr. Ulrichstraße 52.

Nr. 45.

Halle, Sonntag, den 27. Januar

1918.

Trotsky über die Friedensausichten.

**Trotsky und Kühlmanns Wiederabreise nach Brest-Litowsk. — Die Weiterberatung im Haupt-
ausschusse. — Englisch-französische Urteile über die Kanzlerrede.**

Trotsky's geringe Erwartungen.

Russische Pressengriffe gegen die Zentralmächte.
Stockholm, 26. Januar. (Privattelegramm.) Die
„Petersonsburger Zeitung“ veröffentlicht einen von
Trotsky herkommenden Artikel, in dem dieser durchdringt
läßt, daß die Brest-Litowsker Verhandlungen sich anderes
Ergebnis haben werden, als das bisher erzielte. Gleich-
zeitig bringen die offiziellen Organe „Pravda“ und
„Iswestija“ aufdringlich harte Kritiken über die von
Kühlmann und Czernin geleitete Verhandlungstafel, sowie
über die deutsche Weisheitsart.

Trotsky nach Brest-Litowsk unterwegs.

Basel, 26. Januar. (Privattelegramm.) Der
„Basler Anzeiger“ meldet aus Stockholm: Nach einem Tele-
gramm aus Petersburg ist Trotsky am Donnerstag nach-
mittag aus Petersburg abgereist. Er begibt sich zunächst
nach Kiew, von wo er am Sonntag nach Brest-Litowsk
weiter reist zur Teilnahme an den fortgesetzten Friedens-
verhandlungen.

Kühlmanns Wiederabreise.

Berlin, 26. Januar. (Privattelegramm.) Wie wir
erfahren, wird sich der Staatssekretär von Kühlmann und
der bayerische Vertreter bei den Verhandlungen, Graf
Podewils, am Sonntag nachmittag wieder nach Brest-Litowsk
begeben.

Aufrehrerische Streiks in Südfrankreich.

Ein Schreckenstag in Lyon.
Genf, 26. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber
die Streiks in Südfrankreich liegen jetzt nähere Einzelheiten
vor. Daran begann der Aufstand in St. Etienne am
16. Januar mit einem Streik der Eisenbahn-Arbeiterinnen
und am nächsten Tage in Lyon mit einem Aufstand des
Munitionsarbeiter, die in großen Massen vor das Palais
haus zogen und nach Lebensmitteln und Kleidern verlangten.
Da es nicht gelang, die Menge auf friedliche Weise zu per-
suadieren, wurde Militär herbeigeholt, so daß eine ganze
Nacht Opfer zu beklagen waren. Bis in die Morgen-
stunden des 17. blieb das Rathaus besetzt, und noch am
19. waren die Häuser verbarrikadiert, aus denen
heilig geschossen wurde. Der 20. war ein Schrecken-
tag: doch sind seitdem die Drohverbindungen gespart, so
daß keine Nachrichten nach Paris gelangten. In St. Etienne
verließ der Aufstand ruhiger, da hier die Behörden die For-
derungen der Munitionsarbeiter bewilligten.

Die Munitionsvorräte in Wladimiroff.

Die gefährliche russische Kontrolle.
Sankt, 26. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die „New
York Times“ teilen mit, daß die enormen Vorräte von Munition
und anderen Dingen in Wladimiroff der Kontrolle der hollän-
dischen Regierung entzogen worden seien. Nichtsdestowen
werden nach verschiedenen Städte Distrikten von den Japanern
besetzt lassen, um die Auslösung der holländischen Kontrolle
auf den Bahnhöfen und stillen Distrikten zu verhindern. Die
russische Regierung hat von England und Japan Er-
klärungen über ihre Aktivitäten in Wladimiroff
verlangt.

Völkerwanderungen im Kaukasus.

Hefige Kämpfe entbrannt.
Stockholm, 26. Januar. (Eigene Drahtnachricht.)
Nach Meldungen aus Petersburg haben im Kaukasus und
Nordpersien umfangreiche Völkerbewegungen eingesetzt. Tene
Völker hatten die Gelegenheit gefunden, ihre bis-
heriger Anwesenheitsgebiete zu verlassen und in ausstich-
reiche Gegenden einzuziehen. Durch diese Völkerwan-
derungen sind im ganzen Kaukasus heftige Kämpfe ent-
brannt. Um bedrohlichsten erscheint der Einfall der
Schirwaner. Sie haben die gräflichen und georgischen
Schutzengagements vollständig geschlagen und bringen
nun gegen die reichen kaukasischen Provinzgebiete vor. Durch
den Vormarsch der Schirwaner wird die russische Staatsver-
sicherung förmlich aus den Augen gehoben, da ihre wichtigsten
Verbindungen mehr und mehr abgeschnitten werden.
Weiter heißt es, daß die britische Regierung das An-

sehen der persischen Regierung und des Rates der Volks-
beauftragten um Nennung der bestechen Gesichte Persiens
von den englischen Besatzungstruppen abgelehnt hat. Die
englische Regierung antwortet, daß die britischen Truppen
in Südpersien nur Aufrechterhaltung der Ordnung und
Sicherheit gewährleisten müßten, damit nicht die in Mesopo-
tamin operierende englische Armee gefährdet werden
könne.

Caillaux Hilfstruppen.

Mehrere Regimenter wollen Caillaux unterstützen.
Basel, 26. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Es gilt
nach Meldungen aus Paris als erwiesen, daß Caillaux nicht nur
von den zwei französischen Regimenten militärische
Unterstützung erwarbt, sondern auch von zwei Territo-
rial-Regimenten, deren Mannschaften aus dem Wahl-
kreis Caillaux stammen. Der Kommandant der Brigade, die
aus den zwei Regimenten besteht, General Barthelemy, ist ein
alter Freund Caillaux. Wie weiter berichtet wird,
sah man bei der Verhählung Caillaux auch einen Brief des
Generals Barthelemy. Später erwiderte man auf diesen noch Briefe
mehrere anderer Generale, die sich Caillaux zur Verfügung
stellten.

Russische Lieferungen nach Skandinavien.

Stockholm, 26. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Ge-
genüber einem nach Petersburg entsandten Vertreter des „Sk-
andinavias“ äußerte Trotsky, daß Russland in einigen Monaten
imstande sein dürfte, Kohlen und Eisenmineralien nach Skandina-
vien auszuführen.
Wie es heißt, bewilligte das Volkskommissariat die Aus-
fuhr von 1 1/2 Millionen Risogrammen Schmelz für die skandina-
vischen Staatsbahnen.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 26. Januar, abends. Amtlich.
Von den Kriegsverhandlungen nichts Neues.

Die Kämpfe im Westen.

Berlin, 26. Januar. Tagüber schönes Wetter und heile
Mondnacht führten am 25. Januar an der Westfront zu leb-
haften Artillerie- und Granatenschüssen, in denen an vielen
Stellen Engländer, Kanadier und Franzosen als Gelegense
einsetzten wurden. Bei allen nur feindlichen der Marsch auf seinen
Front das Artillerieregiment behaltener. Unsere Stützpunkte drängen
nach kürzer Feuerbereitung im Walde von Ansoort in zwei
hintereinanderliegende Grabenlinien ein, fluten dem heftig
wegenden schweren blutige Verluste an, zeichnen die feindlichen
Grabenanlagen und ein Wäldchen und letztere beschlossener
mit 24 Gelegense und einem Wäldchenangriff zurück. In
Schneidern überlagerten Vorstoß jäh des Couriers-Gewalts
wurden weitere 9 Franzosen aus den Gräben getötet.

Die neueste U-Boot-Beute.

Berlin, 26. Januar. (Amtlich.) Unsere Untersee-
boote haben an den nördlichen Kriegsschauplatz sechs
Dampfer und zwei Fischerfahrzeuge versenkt. Ein Dampfer
war tief betaden. Bei zwei von ihnen konnte Bewaffnung
festgestellt werden. Unter den zwei versenkten Fischerfahr-
zeugen befand sich der französische Fischkutter „Girobelle“.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Drei Garde-Regimenter gegen die Bolschewiki.

Die Verteidiger der Konstituante.
Stockholm, 26. Januar. Laut einem Telegramm
aus Stockholm an „Stockholms Abend“ haben sich einem
Gericht zufolge drei Garde-Regimenter auf die Seite der
Konstituante gestellt und den Kampf gegen die Bolschewiki
aufgenommen. Von Finnland sind mehrere russische Militä-
züge nach Petersburg abgegangen. In Finnland selbst ge-
staltet sich die Lage immer drohender. An mehreren Orten
liegen Schutz-Garden im Kampfe mit roten Garden.

Das Verhör Carrails.

Genf, 26. Januar. (Privattelegramm.) Der „Figaro“
erzählt, daß außer General Carrail mehrere Generale des
Salvator Front im Kriegsministerium verhaftet worden
seien. Man müßte annehmen, daß eine Untersuchung über
die Erfolglosigkeit der Salonitzer Armee während der
großen Balkan-Offensive im Frühjahr 1917 in Boes-
zeitung sei.

(Siehe Deutschen Seite auch Seite 3.)

Dem Kaiser!

Zum vierten Male feiert der Kaiser seinen Geburtstag
in dem fürchterlichsten Ringen, das je durch die Welt tobte.
Immer noch ist keine Zeit dazu, Zeit zu feiern, denn noch
finden ungeheure Aufgaben zu lösen, die der hohe Friede
keinen Einzug in diese Welt mit ihrem Jammer und Elend
läßt. Zwar hat sich seit der letzten Kaisergeburtstagsfeier
die militärische Lage mehr bedeutend gebessert. Das Ringen
nach vielen Fronten hat sich in der Hauptache auf einem
Einfrontenkrieg gemandelt. Wir brauchen heute nicht mehr
das russische 170-Millionen-Volk zu fürchten. Durch unsere
jüngere Heere ist im Osten jene gemaltige Herabsetzung der
Lage herbeigeführt worden, die uns die Berechtigung zu
der Hoffnung gibt, daß von dort, wo uns Tag für Tag die
Sonne neu erhebt, auch in absehbarer Zeit der Friede
kommen wird. Finstere Wolken bedecken dagegen noch wie
vor im Westen den Horizont. Unsere westlichen Gegner
denken ihrerseits nicht an einen Frieden der Verständigung
und des Ausgleichs. Ihre Staatsmänner gebrauchen andere
Worte, ihre Tonart mildert sich, der Geist ist aber immer
noch der alte. Sie wollen auf direkten und indirekten Wegen
Deutschland in eine Position zurückdrücken, die den militä-
ren und wirtschaftlichen Leistungen des deutschen Volkes
sowie seiner Machtstellung nicht entspricht. Sie können uns
nicht den „Blut an der Sonne“, den wir um unserer Kinder
und Kindeskinde rufen befechten, teilweise erst errufen
müssen. Immer noch wollen sie deutsche Gebiete zum Mit-
lande reizen, und Kolonien, die mit unerbittlicher Liebe ge-
segnet und gepflegt wurden, die ungezählte Millionen des
Volkes verhängen haben, für sich behalten. Der imperia-
listische Ehrgeiz, den man fälschlich dem deutschen Volke nach-
spricht, ist bei unseren Gegnern trotz ihrer enormen heilsp-
kommen hat uns im Westen dem Frieden nicht näher gebracht.
Soeben erst legen wir wieder an der Art und Weise, wie die
Götter des Grafen Zeppelin und des Grafen Cernin in Eng-
land, Frankreich und Italien aufgenommen werden, daß die
leitenden Persönlichkeiten noch weit von jener Stimmung
entfernt sind, die uns eine Gewähr für erfolgversprechende
Verhandlungen bieten könnte. Und andererseits sind auch
die deutschen und ihre geleiteten Völker unserer Gegner
noch nicht so weit, daß sie die Macht einer Clique von Staats-
männern vor sich abzuschießen vermögen, die ihre Politik
treiben, nicht um des Wohltes des Volkes, sondern um des
eigenen persönlichen Ehrgeizes willen. Dem deutschen Volke
wird immer wieder Gelegenheit zu der Erkenntnis gegeben,
daß wir zu dem von uns so heiß ersehnten Frieden noch nicht
durch Verhandlungen kommen; das Schwert wird ihn uns
erringen müssen, wie es das Schwert gewesen ist, das uns im
Osten die Friedensausichten eröffnete.

In einem solchen Augenblicke steht uns die Zeit zu eines
Feier des Geburtstages des Kaisers, wie das in Friedens-
zeiten üblich war, und es bleibt uns nur ein stilles Gedächtnis
des Monarchen übrig, der ein Jahr hinter sich hat, mit dem
er zutiefen sein kann. Zufrieden deshalb, weil es Kaiser
und Volk noch näher zueinander gebracht! Dem Partei-
kämpfe entricht, ist der Kaiser dem Volke heute der Führer,
zu dem es Vertrauen hat, weil es weiß, daß er den Krieg zu
verhindern suchte. Gerade in dem letzten Lebensjahre des
Kaisers hat sich oftmals gezeigt, wie er mit einem guten und
reinen Gewissen an fernem Massengräbern im Westen mit
Recht sagen konnte: Ich habe den Krieg nicht ge-
wollt! Das letzte Jahr hat neue Beweise dafür in Fülle
gebracht, daß es feindliche Mächte gewesen waren, die
den Krieg herbeiführen, wobei wir nur an die sensationelle
Gerichtsverhandlung gegen den ehemaligen russischen Kriegs-
minister Guchomilow und an die Veröffentlichung der
russischen Geheimnisse zu erinnern brauchen. Und weil
dieses Vertrauen des Volkes zu seinem Kaiser durch die Er-
gebnisse in so umfangreicher Weise als berechtigt bestätigt
worden ist, war es auch ein lächerliches Unterfangen Wil-
sons, Zwietracht zwischen dem Volke und dem Monarchen
stiften zu wollen.

Vertrauen, das höchste Geschenk, das einem Volkstüch-
gemacht werden kann, befehlt uns alle auch heute, wo dem
Kaiser die herzlichsten Wünsche entgegenbracht werden. Wir
haben das Vertrauen, daß in dem neuen Lebensjahre des
Kaisers, der einst das Wort sprach: „Uns treibt nicht
Eroberungslust“, weiter jene Politik Geltung behalten

wird, die nicht am parlamentarischen Verhandlungswege den Krieg verlängert. Wir haben das Vertrauen, daß die Schwere in ihrem blühenden Handwerk sich fenten werden, wenn die Möglichkeit eines ehrenvollen, Dauer verheißenden Friedens gegeben ist. Wir haben auch das Vertrauen, daß er bei den Ernährungs- und Wertigkeiten mit dem Volke bleibt. Wer durch Wochen am Standorte des Großen Hauptquartiers gewesen hat, wie der Kaiser zur Entzweiung sich mit dem Einbringen der Feldtruppe, wie er persönlich mit Hand anlegt, der zweifelt nicht daran, daß der Kaiser auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes fühlt. Und daraus wieder fließt die Zuversicht, daß der Krieg nicht um einen Tag länger fortgesetzt wird, wie das zur Erlangung eines Friedens notwendig ist.

Endlich aber bringen wir dem Kaiser seines Vertrauens auf innerpolitischen Gebiete entgegen. Seine Oberhoheit, die dem preussischen Volke die Reform des überlebten Wahlrechts verspricht, und seine weiteren Reformangelegenheiten werden unzweifelhaft Dokumente einer Zeit bleiben, in der das Band zwischen Kaiser und Volk noch fester geknüpft wurde. Wir wollen das Vertrauen haben, daß die nächsten Wähler in ihrer Verantwortung, bis des Kaisers Wort Erfüllung gefunden hat. Monarchie und Freiheit! Freiheit nach innen und außen! Das soll für uns alle die Losung auch in den neuen Lebensjahre des Kaisers sein. Das Band eines solchen gemeinsamen Strebens wird Kaiser und Volk fester und unauflöslich miteinander verknüpfen, wie das sonst keine Reben zu tun vermögen. Ein solches Streben wird der beste Kitt zwischen Demokratie und Kaiserthum sein in einer Zeit, wo eine große revolutionäre Welle durch die Welt geht und Monarchien wie Kartenhäuser weggeföhrt werden. Das Streben nach innerer und äußerer Freiheit wird den Worten der Kaiserhymne tiefsten Gehalt verschaffen, die da lauten:

Nicht Ruh und Keusche
Sichern die Rüste des
No Frieden kein!
Liebe des Vaterlands,
Liebe des freien Mannes
Gründen des Herrlichen Thron
Wie Fels im Meer.

C. H.

Kaiserlicher Gnadenerlaß für Militärpersonen.

Berlin, 27. Januar. (Amtlich.)

Mittheilung des Kaiserlichen Gnadenerlaßes.

Die auch im letzten Kriegsjahre von Meinem Heere erzielten Erfolge, heldenhaftem Widerstand an der einen, heldenmüthigen Vordringen an anderen Fronten bestimmen Mich, dankbarer Gedenks auch an Meinem diesjährigen Gedenktage, soweit nicht einem der hohen Bundesfürsten das Begnadigungsrecht zusteht,

1. allen Militärpersonen des aktiven Heeres und der Schutztruppen sowie den Personen des Heeresgefolges (S 155 des Militärstrafgesetzbuchs),
 2. allen Personen, die seit Beginn des letzten Krieges aus dem aktiven Heere, der aktiven Marine, den Schutztruppen oder dem Heeresgefolge wegen Dienstunbrauchbarkeit oder zu Kriegserleidern oder aus wirtschaftlichen Gründen entlassen worden sind,
- die gegen sie bis zum heutigen Tag einschüchternde von Militärbehörden verhängte Disziplinarstrafen und von Militärgerichten rechtssträflich verhängte Geld- und Freiheitsstrafen aus Gnade zu erlassen, soweit die Strafen noch nicht vollstreckt sind und sofern die aufzulegenden oder bereits vollstreckten Freiheitsstrafen sechs Monate nicht übersteigen. Ausgeschlossen von der Begnadigung sollen jedoch Personen sein,

1. die unter Wirkung von Ehrenstrafen stehen,
2. die wegen einer oder mehrerer seit der Verhängung der Strafe begangenen Handlungen mit einer Freiheitsstrafe von mehr als vierzehn Tagen oder mit Geldstrafe von mehr als 150 Mk. oder wiederholt mit Freiheitsstrafe disziplinarlich oder rechtssträflich geurtheilt worden sind, sofern diese Strafen noch nicht erlassen sind. Personen, gegen die ein gerichtliches oder disziplinarisches Verfahren wegen einer seit der Verhängung der Strafe begangenen Handlung schwebt, sollen nur unter der Bedingung begnadigt sein, daß in diesem Verfahren gegen sie keine militärische Ehrenstrafe verhängt wird. Die Strafvollstreckung ist bis zur Beendigung des schwebenden Verfahrens auszusetzen.

Unter diesen Gnadenerlaß sollen ferner nicht fallen alle gerichtlich oder disziplinarlich verhängten Strafen wegen Verhinderung, Beleidigung oder nachlässiger Behandlung eines Untergebenen. Sind mehrere Einzelstrafen wegen solcher Straftaten neben einer oder mehreren anderen Einzelstrafen in einer unter den Erlass fallenden Gesamtsstrafe enthalten, so ermächtige Ich den Gerichtsherrn, dem die Strafvollstreckung obliegt, die Gesamtdauer dieser Einzelstrafen nach den gesetzlichen Vorschriften über die Bildung von Gesamtsstrafen in angemessener Weise zu ermäßigen. Ergeben sich durch eine Auslieferung von der Begnadigung in einzelnen Fällen besondere Härten, so ist Erlass der Milderung der Strafe vorzuschlagen.

Wiener Bericht.

Wien, 26. Januar. Amtlich wird verlautbart: Die Artillerietätigkeit war wesentlich auf der Gostäde der sieben Gemeinden und beiderseits der Brenta sehr lebhaft.

Der Chef des Generalstabes.

Geländegewinn an der Dolastina-Front.

Konstantinopel, 25. Januar. Tagesbericht. In den Daranellen regte, aber erfolglos feindliche Flieger-tätigkeit. Palästinafront: An der Küste konnten wir unsere Vorden durch Vorbringen um etwa zwei Kilometer verbessern. Geringe Kampfthätigkeit. An anderen Fronten ist die Lage unverändert.

Weitere Rede Rühlmanns im Hauptauschuß.

Besprechung der von den Parteirednern vorgebrachten Wünsche und Klagen.

Berlin, 26. Januar. Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute normirt die geführte Debatte fort und will sie im Laufe des Tages zu Ende bringen. Der Antrag von Juchacz und Abgeordneten ist nicht so stark wie an den beiden vorangegangenen Tagen; immerhin ist der Saal gut besetzt. Von der Regierung sind die Staatssekretäre von Rühlmann, Graf Hübner und Radlow anwesend. Als erster Redner kam der sozialdemokratische Abg. Dr. Döds zu Wort. Die Ergebnisse der Verhandlungen in Brüssel und Petersburg bezeichnet er als sehr mager. Auch die Einigung mit der Ukraine sei unklar. Nach seiner Meinung wäre ein Teilweise mit der Ukraine ein Erfolg für den Gesamtfrieden im Osten. Aber die Hoffnung auf einen solchen sei noch nicht aufgegeben. Er fragt, wer die Schuld tragen würde an einem Scheitern und meint, in dieser Frage müßte man klar stehen. Trost wolle offenbar einen christlichen, demokratischen Frieden. Nur mit dieser Parole haben die Bolschewiki die Macht in Rußland bekommen. Die entgegenkommende Haltung der Mittelmächte vom 25. Dezember sei in Petersburg mit Jubel aufgenommen, die Erklärung vom 28. Dezember sei aber wie ein Donnerkegel davor eingeleitet. Jetzt triumphierten die Gegner der Bolschewiki. Für Trost und seinen Anhang sei

das Selbstbestimmungsrecht das grundlegende Prinzip.

Angesichts dieser Situation, meint Redner, müsse dafür gesorgt werden, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht wirklich Ernst gemacht werde. In der neutralen Presse lese man scharfe Proteste Trosts und Juchacz gegen die Stellung Deutschlands in der Räumungsfrage und die Art der deutschen Berichterstattung über den Inhalt der Verhandlungen. Sanktionslos liege die Sache immerhin nicht, wenn man die Selbstbestimmung einem Volksoort überlassen wolle. Ob ein Referendum oder eine konstituirende Versammlung gewählt werde, sei bedeutungslos. Zunächst müsse ein provisorisches Organ gebildet werden durch Verhandlung der Parteien. Zum Teil seien Anträge schon vorhanden. Der einzige Differenzpunkt sei die Räumung. Alle Einwendung gegen dieselbe sollen mit dem Friedenswillen und der Schaffung lokaler Räte fallen. Die Befürchtung vor der einseitigen revolutionären Situation in den jetzt okkupierten Gebieten sei ein Gespenst. Die Bolschewiki haben in Rußland nicht einmal die Mehrheit und in den besetzten Gebieten habe die bolschewistische Richtung erst recht keine günstigen Bedingungen.

Abg. D. Rannmann (Vorwärts, Sp.) Die heutigen Friedensverhandlungen sind ganz anders Art als früher. Die Methode der Arbeit ist geändert und müde zu werden. Die Unterhändler kommen schneller zum Vorschein und Gegenwart.

Aus den zahllosen Einwürfen alle Art müssen die Verhandlungen herausarbeiten. Das Selbstbestimmungsrecht allein ist nicht als Weltproblem und Menschheitsgedanke. Die Formel ist nur eine Etappe, durch die wir hindurch müssen. Je realer wir die Begriffe halten, desto besser. Ueber Trost urtheilt der Vordröner zu günstig; er sieht ihn als Lebenskraft an, bestätigt aber in Rußland sehr unpopuläre Methoden.

Der Ernst, mit dem der Begriff des Selbstbestimmungsrechts zu fassen ist, liegt bei den Verhandlungen. Die Verhandlungen müssen die Zustimmung der Völker. Die Abmachungen müssen bestimmte Grenzen vorziehen. Dann haben wir das Recht, die besetzten Gebiete vor bolschewistischer Inflation zu schützen. Was uns in dieser Hinsicht hören, ist schlimm, sehr schlimm. Die Gerichte, als ob Annerion beschuldigt sei, müssen statt und unabhängig werden, das würde keine Scheitern der Verhandlungen uns ein gutes Gemüthe geben. Wenn Czernin ein freiwillig kommendes Völkchen will, so ist das kaum männlich gesprochen. Können wir nicht auch hinsichtlich der anderen Gebiete so sprechen? Fürst Vinberg hätte schon früher entsetzt werden sollen, aber wenn die Völker zu wählen haben zwischen dem russischen Reich und dem geordneten Deutschland, so kann ihnen die Wahl nicht schwer werden. Die Gefahren der autonomen Bewegung lassen sich besänftigen durch eine gute und wirksame Politik. Jede denkbare Lösung enthält die Gefahr der Irreleitung. Wir brauchen politischen Takt in der Behandlung unserer Völkchen. Dr. Drems Überlegungen enthalten eine Fülle, nämlich die Anerkennung der Befugnisse der Völkchen im Krieg und der Teilnahme, das viele Völkchen auf der besetzten Gebiete der Welt leben. Die politische Propaganda darf nicht abhaken lassen. Die politische Wertigkeit ist es, daß die neue politische Regierung an den Verhandlungen in Brüssel-Theil beteiligt wird. Die Hindernisse sind nicht recht begründet, nachdem Vertreter der Ukraine anwesend sind. Das Ergebnis der Verhandlungen in Brüssel-Theil ist unklar; hauptsächlich wegen des mirren Zustandes Rußlands. Es fehlt die zutreffende Autorität.

Der Krieg führt leicht über zur Zerlegung der Staaten als zum Frieden. Das ist eine Gefahr, die auf ganz Europa laftet. Subjektive Willen den von ihm vorgeführten Frieden, wenn man ruhig denkt, am besten ernstlich. Seine Räumung kommt dem Frieden entgegen. Er hat erhöhtes Gewicht, weil er nicht mehr neutral ist. Sie als bedeutenden Akt anerkennen, haben Graf Hertling und Graf Czernin nicht unterlassen.

Saben die Engländer große Teile der Türkei besetzt, so wir Belgien und Nordfrankreich, das gibt

die Möglichkeit eines Ausganges.

Das Selbstbestimmungsrecht gilt natürlich auf für Bulgarien. Die Beziehungen hinsichtlich Solotens müßten politisch gefestigt werden. Die Wünsche für die Völkchen müßten nicht weitergehen. Aber um der Völkchen willen darf der Krieg nicht weitergehen. Das Echo der Rede des Reichstags ist in der deutschen Presse zeigt kein klares Vertrauen zu seinen Ausführungen. Wenn man, wie die Konventionen, alles auf die Karte des Sieges legt, so hat das ganze Friedensgedenke keinen Sinn, und die Regierung muß durch eine andere ersetzt werden. Wenn man dagegen den Gedanken der Bereinigung

zur Grundlage nimmt, so hat man militärisch gerüstet zu bleiben, muß aber die Arbeit der Diplomatie in den Vordergrund stellen und darf nicht überhastet werden. Man kann die Auseinandersetzungen über diese Methoden nicht vermeiden, sonst bleibt Unklarheit und Unklarheit. Was heißt: freie Hand im Osten? Sollen wir im Osten demokratisch im Völkchen selbstbestimmen lassen? Das kann man nicht selbst wissen. Wir können uns, daß unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn der Gegenwärtigen Politik ist und bleiben soll. Warum ist der Gedankenlosigkeit für die Alldeutschen unmöglich? Ein weiterer großer militärischer Erfolg zu Lande und zu Wasser ist möglich. Aber ist denn die Situation für einen allgemeinen Frieden günstiger? Ent-

weber haben wir dann ein neues müdes Land, mit dem wir keinen Frieden schließen können, oder der Krieg geht weiter ohne Ende, aber ohne und ohne absehbares Ende.

Mit jedem Kriegsjahre wird der Widerstand auch unterer Staatsorgane immer mehr verstärkt.

Es ist nicht verboten, auch solchen Sorgen in Deutschland Ausdruck zu geben. Deutschland geht nicht unter, aber es liegt auch nicht auf der ganzen Erde. Mit dem Streit über Vornamen oder Vornamen kommt man über die sich erhebbende Arbeiter- und Streikfrage nicht hinweg. Deshalb müssen wir über diese Dinge offen reden.

Der Redner spricht über ein neuerzeitliches Flugblatt, das am Ende der Regierung, zur Berichtigung der Republik, zur Revolution und zur Erhaltung der Republik im nächsten Jahre, namentlich in der Munitionserzeugung und im Verkehr ist. Welche Bedeutung dieses Flugblatt hat — wir können es nicht leicht übersehen. Der Adm gibt eine Erklärung im Namen der Reichs-Länderparlamentarier ab, daß sie ihre Pflicht tun werden für die Bereinigung des Vaterlandes. Tirpis hat die Öffentlichkeit in unerhöhter Weise angegriffen. Entweder man vertritt den Staat oder man tut es nicht, und wenn das Rechte der Fall ist, so soll man nicht behaupten, daß es im Namen der Ordnung geschieht. National sei held, die Völkchen mitnehmen sollen. Das soll man uns von der Regierung aus lassen. Regierung und Parlament sollen uns schuldig sein, wenn Störungen eintreten.

Später nahm heute Staatssekretär von Rühlmann in nochmal das Wort und ging auf einige im Laufe der Erörterung von den Abgeordneten vorgebrachten Einzelheiten ein. Er führte u. a. aus:

Dem Wunsch des Abg. Strejmann, daß die deutschen Minister öffentlich mehr sprechen und auf die Meinungen des Auslandes rasch antworten, pflichte ich grundsätzlich vollkommen bei. Andere Minister sind aber in unendlich viel höherem Grade, als dies in England der Fall ist, zugleich Chef ihrer Ressorts und in ganz anderer Weise überlastet als in England, wo der Minister in erster Linie Politiker ist. Dort gehört die öffentliche Rede insbesondere beim politischen Festessen zu den alten und feststehenden Gewohnheiten. In England ist es ganz selbstverständlich, daß der Minister sozusagen zwei Persönlichkeiten

hat, die eine offizielle, wo er meistens die Ansicht des Kabinetts nach vorhergehender Beratung vertritt, und die zweite bei öffentlichen Reden, wo er sich häufig recht große Abweichungen von der orthodoxen Regierungspolitik leisten kann. Bei uns ist diese Auffassung noch nicht durchgedrungen. Jede Meinungsäußerung eines Staatssekretärs oder Ministers würde gewöhnlich auf der Wagschale gemogen werden, und es würde nicht ganz leicht sein, daß einigermaßen bedeutenden Gegenständen ohne vorherige Feststellung des Tages mit dem einen wirklich verantwortlichen Minister, dem Reichstagsrat, beratige Reden zu halten.

Graf Hübner hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, darauf hingewiesen, daß die Delegation in Brüssel-Theil sich nicht auf den Standpunkt der Anexion gestellt habe oder wenigstens die Besetzung, fühlend auf der Erörterung militärischer Erfolge, bestrafte. Wie ich gesehen ausschließlich klargelegt habe, ist eine solche Stellungnahme für die gegenwärtige Reichsregierung nach ihren eigenen Grundsätzen, nach ihrer ganzen Vergangenheit

von vornherein unmöglich.

Der von uns beschrittene Weg war der einzige, auf welchem vollkommen respektvoll und harmonisch die gesamten Grundzüge der Regierung in Entlassung zu bringen waren.

Gegenüber dem Abg. Freyherz von Camp kann ich die Versicherung geben, daß die Haltung unserer Ziele nach dem Osten selbstverständlich zwischen der politischen Leitung und der Obersten Seeresleitung steht und besonders vor Besinnung der Verhandlungen den Gesamtstand sehr eingehender Erwägungen gebührend haben und daß über die Gestaltung dieser Dinge im allgemeinen

legend welche neuere neue Betrachtungsweise sich bilden nicht befehlen haben, zu keiner Zeit, auf die ich mich entsinne. Ich habe mich auch gegen erlaßt auszuwirken, daß der innere Zusammenhang der Verhandlungen der Krieges zwischen der Kriegsführung und der Obersten Seeresleitung unabhängig notwendig ist, wie ich glaube, durch die getroffenen Einverständigungen so vollkommen, als dies bei der Unvollkommenheit menschlicher Dinge möglich ist, geschaffen wurde.

In den Ausführungen des Abg. Ledebour über die ukrainische Kaba da bemerke ich: Die Republik der ukrainischen Kaba in Kiew ist sowohl von den Bolschewiki als auch von uns als selbständige Republik anerkannt worden. Die ukrainische Delegation hält sich selbst für vollkommen berechtigt,

für das Gebiet der ukrainischen Kaba in Kiew international tätig zu sein. Auf Seiten der Bolschewiki-Abordnung sind auch von Anfang an, solange sie hoffte, daß die ukrainische Kaba-Abordnung als diplomatische Hilfsgruppe für sie eintreten würde, Schwierigkeiten dagegen nicht erhoben worden. Als die Herren aber sahen, daß die Ukrainer ihre eigenen Wege gingen, ist allerdings ein Umhängen eingetreten. Wie stehen auf dem Standpunkt, daß sowohl in Kiew als die Ukraine in demselben Maße bestrebt sind, zur freien diplomatischen Aktion nach außen wie irgend ein anderer Staat, und die logische Interpretation der gesamten, von den Bolschewiki vertratene Auffassung läßt meiner Ansicht nach eine abweichende Deutung nicht zu. Was von dem Abg. Ledebour über gewisse Vorgänge in Kiew ausgesprochen worden ist, war mit vollkommenem Recht, und ich wäre ihm dankbar gewesen, vorher von dieser Artlage Kenntnis zu nehmen. Ich werde aber der Sache nachgehen und sie vollkommen anzustellen versuchen.

Der Abg. Sgha hat sich beklagt, daß zwar die Vertreter der Ukraine amtlich diplomatisch in Brüssel-Theil tätig gewesen seien, nicht aber die Vertreter der politischen Nation. Die Vertretung der politischen Nationen in Brüssel-Theil ist wiederholt zum Gegenstand des Meinungsaustausches zwischen uns und der russischen Delegation gemacht worden. Wie haben uns entgegenkommend erklärt, sobald sich Herr Trost auf den Standpunkt stellen werde, daß nur Vertreter bestehender Staatsorgane zugelassen seien. Darauf trat Herr Trost einen Widerspruch und nicht sehr geordneten